



INFODIENST

Neues aus Landespolitik und Liga

INHALT

SEITE

LANDESPOLITIK UND LIGA	3
Wechsel im Vorstand der Liga der freien Wohlfahrtspflege.....	3
Trauer um Abgeordneten Dr. Bernhard Lasotta	4
„Wohnen muss bezahlbar sein!“	4
Aktionswoche Armut bedroht Alle 2019.....	5
Suchtpolitische Sprecher*innen im Gespräch mit Vertreter*innen der Landesstelle für Suchtfragen	5
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg schreiben Mittelstandspreis für soziale Verantwortung aus.....	6
AWO	7
AWO gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus	7
AWO fordert weitere Maßnahmen für gute Bildung.....	7
AWO fordert: In Pflegeversicherung müssen alle einzahlen	7
AWO setzt sich auch in ihrem Jubiläumsjahr 2019 für mehr soziale Gerechtigkeit ein	8
AWO begrüßt Fachkräfteoffensive der Bundesregierung.....	8
DER PARITÄTISCHE	9
Internationaler Tag der Migranten am 18.12.2018	9
DIAKONIE BADEN	9
Pflege, Integration und Hartz IV.....	9
DIAKONIE WÜRTTEMBERG	10
Stabiler Arbeitsmarkt – stabile Schattenseiten.....	10
Guter Tariflohn in der Altenpflege ist bei der Diakonie Württemberg längst Realität.....	10
Positive Arbeitsmarktentwicklung – aber nicht für alle Arbeitslosen bringt das neue Jahr gute Aussichten.....	11
Reiner Hellwig wird neuer Justiziar des Diakonischen Werks Württemberg	11

CARITAS ROTTENBURG-STUTTGART	12
Caritas-Journalistenpreis 2018 für das Autorenteam Julian Gräfe, Jürgen Rose und Thomas Schneider.....	12
Caritas begrüßt Vorstoß von Minister Lucha: Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge in Arbeit	12
Schwangerschaftsberatung im Tandem für alle Fragen offen	13
CARITAS FREIBURG	13
„Luft zum Atmen und Licht in mein Leben gebracht“	13
IN EIGENER SACHE	14
Liga-Geschäftsstelle Personalwechsel.....	14
TERMINE	14
Suchtmittelkonsum hinter Gittern	14
Liga- Expertentagung zum neuen System der indikatorengestützten Qualitätsbeurteilung und Qualitätsdarstellung im stationären Setting.....	14
Liga BTHG-Projekt - 7. Trägertreffen – ausgebucht!	14
"Den Rahmen füllen" 3. Kongress Familienbildung	14

LANDESPOLITIK UND LIGA

Wechsel im Vorstand der Liga der freien Wohlfahrtspflege

Erstmals bilden drei Frauen den Vorstand

Stuttgart, 17.1.2019 In der Liga der freien Wohlfahrtspflege sind die elf Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege als Landesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Liga in Baden-Württemberg wurde im Jahr 1952 gegründet und bündelt und koordiniert seither die strategisch-fachliche Weiterentwicklung der sozialen Aufgabenfelder. Den Wohlfahrtsverbänden gehören landesweit über 380.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 125.000 ehrenamtlich Tätige an.

Ab 1.1.2019 übernimmt Ursel Wolfgramm das Amt der ehrenamtlichen Vorstandsvorsitzenden der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg. Im Hauptberuf ist Frau Wolfgramm die Vorstandsvorsitzende des Paritätischen in Baden-Württemberg. Sie folgt auf Reinhold Schimkowski, der dieses Amt in den Jahren 2017 und 2018 innehatte.

Frau Wolfgramm wurde vom Vorstand der Liga im Dezember 2018 gewählt. Ihre beiden Stellvertreterinnen – Frau Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock, Diözesancaritasdirektorin beim Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart und Frau Birgit Wiloth-Sacherer, Geschäftsführerin beim Badischen Roten Kreuz in Freiburg bilden mit ihr gemeinsam den ehrenamtlichen Vorstand der Liga. Dies ist fast als historischer Moment zu bezeichnen, denn erstmals seit Bestehen der Liga in Baden-Württemberg wird dieses Gremium nur von Frauen geleitet. Im Liga-Vorstand werden strategische Schwerpunkte und inhaltliche Ziele beraten und abgestimmt. In den Liga-Ausschüssen arbeiten jeweils die Expertinnen und Experten der Verbände an aktuellen Aufgabenfeldern wie z.B. der Altenhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe, der Dienste für Migranten, Straffälligenhilfe, psychisch Kranke und Suchtkranke.

In der ersten Sitzung des Vorstands betonte Frau Wolfgramm „Die Soziale Arbeit und damit die freie Wohlfahrtspflege stehen vor großen Veränderungen: Die digitale Transformation betrifft alle Lebensbereiche – analoge und virtuelle Welten verschmelzen zunehmend. Und viele gesetzlich verankerte Rahmenbedingungen ändern sich rasant und damit die Anforderungen, die von den Leistungserbringern bewältigt werden müssen. Diesen vielfältigen Herausforderungen können wir nur gemeinsam begegnen und nur miteinander und solidarisch können wir die Zukunft gestalten.“

Hinweis: Frau Wolfgramm steht gern für ein Interview zur Verfügung. Bitte setzen Sie sich bei Interesse mit der Geschäftsstelle der Liga in Verbindung.

[DOWNLOAD PRESSEMELDUNG](#)

[Trauer um Abgeordneten Dr. Bernhard Lasotta](#)

Sehr geehrter Vorsitzender Professor Reinhart,
Sehr geehrte Damen und Herren in der Fraktion der CDU des Landtags,

mit Bestürzung und Trauer haben wir vom Tod von Dr. Bernhard Lasotta erfahren. Die in der Liga der freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Verbände haben in vielfältiger Weise und lange Zeit mit ihm in Kontakt gestanden und seine Arbeit außerordentlich geschätzt. Auch für die Liga-Ausschüsse, insb. Migration und Suchtfragen, war Herr Dr. Lasotta seit seinem Einzug in den Landtag im Jahr 2001 ein sehr geschätzter und verlässlicher Gesprächspartner und war mit seiner menschlich angenehmen Art und seiner Fachkompetenz ein wichtiges Gegenüber für unsere Belange in der Sozialpolitik unseres Landes.

Seine Schwung und seine lebhaftige Stimme auch für die Menschen, für die er sich eingesetzt hat, werden uns fehlen.

Mit großer Betroffenheit denken wir an seine Familie und seinen Angehörigen.

In großer Anteilnahme

Ursel Wolfgramm

Vorstandsvorsitzende

Eva Weiser

Geschäftsführerin

Zum Download verfügbar:

[190128_Lasotta_Kondolenzschreiben.pdf](#)

[„Wohnen muss bezahlbar sein!“](#)

Schaffung von Sozialwohnungen war Thema beim Liga-Fachtag

Erfahrungen im sozialen Wohnungsbau und der Wohnungsbaupolitik sowie Perspektiven zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch die Wohlfahrtspflege waren Thema eines Fachtags der Liga der freien Wohlfahrtspflege.

Dr. Robert Bachert betonte bei seiner Begrüßung in der Landesgeschäftsstelle des Diakonischen Werks Württemberg (DWW), dass das Wohnen die soziale Lage von Menschen aufzeige und Ungleichheit verdeutliche. Der Finanzvorstand des DWW machte deutlich, dass angesichts der Wohnungsnot einerseits und den Fördermöglichkeiten des Landes als auch den inspirierenden praktischen Beispielen andererseits es nun auch für die Wohlfahrtspflege gelte, „die Ärmel hochzukrempeln“ und gemeinsam nach Wegen zu suchen, auch selbst Wohnraum für ihre Zielgruppen zu erstellen.

[Weiterlesen...](#)

Aktionswoche Armut bedroht Alle 2019

14.-20. Oktober 2019

Arbeitstitel: **Der Mensch ist mehr als eine Zahl!**

Am 23.1. traf sich unter großer Beteiligung der beiden Netzwerke 1 und 2 der Landesarmutskonferenz die AG zur Vorbereitung der diesjährigen Aktionswoche. Intensiv wurden verschiedene Mottos und Schwerpunkte diskutiert. Zum Schluss entschied sich die AG für das o.a. Motto. Damit können verschiedene Fakten und Zahlen zu von Armut betroffenen Menschen und Gruppen aufbereitet werden. Nach der nächsten Sitzung Mitte Mai erhalten Sie weitere Informationen.



Von links: Mathias Becker: LAK NW1, Heinz Pawliczek: LAK NW1, Robert Limmer: LAK NW1, Heiner Heizmann: DICV RS, Holger Hoffmann: DW Baden, Jendrik Scholz: DGB, Roland Saurer: LAK, Robin Dujakovic: LAK NW1 – vorne im Bild: Frau Castello vom Paritätischen und Eva Weiser von der Liga

Suchtpolitische Sprecher*innen im Gespräch mit Vertreter*innen der Landesstelle für Suchtfragen

Suchtpolitische Sprecher*innen im Gespräch mit Vertreter*innen der Landesstelle für Suchtfragen

Mitte Januar trafen sich Vertreter*innen der Landesstelle für Suchtfragen mit den Suchtpolitischen Sprecher*innen des Landtags von Baden-Württemberg. Gemeinsam erörtert wurden die Themen Prävention und ihre Umsetzung in Baden-Württemberg, die Integration von Suchtkranken auf den Arbeitsmarkt und der aktuelle Stand zum Betrieb des Drogenkonsumraums. Der Vorsitzende der Landesstelle, Oliver Kaiser vom

Paritätischen, dankte den Abgeordneten für ihr großes Engagement in der Suchtpolitik, ganz besonders für ihren Einsatz für die Erhöhung der Förderung der ambulanten Beratungsstellen und auch dafür, dass das Gespräch und der Austausch mit den suchtpolitischen Sprecher*innen mit dieser Kontinuität und mit hohem gegenseitigen Interesse stattfindet.



Von links im Bild: Abg. Rainer Hinderer SPD, Vorsitzender des Sozialausschusses, Jochen Haußmann FDP, Christina Neumann-Martin CDU, Josha Frey GRÜNE im Gespräch mit Elke Wallenwein DWW, Stv. Vorsitzende der Landesstelle für Suchtfragen und Myriam Klein DiCV R/S. Nicht im Bild: Oliver Kaiser, Vorsitzender der Landesstelle, Ute Hötzer Q-Prints&Services gGmbH, Nikolaus Lange, Der Paritätische; Christa Niemeier von der Landesstelle für Suchtfragen und Dr. Tanja Schatz, parl. Beraterin bei Herrn Abg. Hinderer.

[Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg schreiben Mittelstandspreis für soziale Verantwortung aus](#)

Stuttgart, 8. Januar 2019. Zwei von drei Unternehmen engagieren sich gesellschaftlich. Sie unterstützen beispielsweise gemeinsam mit Kooperationspartnern Bildungsprojekte, helfen Flüchtlingen bei der Integration in den Arbeitsmarkt oder fördern Umweltprojekte, die auf Nachhaltigkeit angelegt sind. Gerade mit Corporate Social Responsibility (CSR)-Aktivitäten leisten Unternehmen einen unschätzbaren Beitrag zum Wohl der Gesellschaft. Zugleich genießen sie durch diese Aktivitäten eine höhere Reputation in der Öffentlichkeit. Sie generieren einen positiven Einfluss auf die eigene Unternehmenskultur und sind weniger krisenanfällig. Unternehmen bringen sich viel stärker für die Gesellschaft ein als bisher gedacht, das belegte eine aktuelle Studie von Stifterverband und Bertelsmann Stiftung. Darin heißt es: „Das Bild des verantwortungsvollen und menschlichen Unternehmers ist aktueller denn je.“

[Weiterlesen...](#)

[AWO gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus](#)

Berlin, 25. Januar 2019. Zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus legt die AWO am Sonntag, den 27. Januar einen Kranz in Sachsenhausen nieder und gedenkt so der millionenfach Verfolgten und Ermordeten.

„Die Verbrechen, die während des nationalsozialistischen Regimes begangen wurden, sind beispiellos in der Geschichte der Menschheit und müssen uns eine Mahnung bleiben. Es ist eine Frage der historischen Verantwortung, die Erinnerung daran wachzuhalten. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss aktiv verteidigt werden gegen diejenigen, die sich von Hass blenden lassen und so an den Grundfesten unserer Gesellschaft rütteln“, betont Wolfgang Stadler.

Im Fokus des diesjährigen Gedenktages stehen die Novemberpogrom-Häftlinge im KZ Sachsenhausen. Ihnen ist die Ausstellung „Im Reich der Nummern. Wo die Männer keine Namen haben. Haft und Exil der Novemberpogrom-Gefangenen im KZ Sachsenhausen“, die am selben Tag in der Gedenkstätte eröffnet wird, gewidmet.

„Für die AWO ist das Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus ein zentraler Bestandteil ihrer Identität. Parteien, Organisationen oder Gruppierungen, die rassistisch motivierte Straftaten verüben, die die Menschenwürde verletzen, eine Wesensverwandtschaft mit der Ideologie des Nationalsozialismus aufweisen und unsere demokratische Wertevorstellungen gefährden, lehnen wir entschieden ab. Die AWO steht für Toleranz und Vielfalt“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende.

[AWO fordert weitere Maßnahmen für gute Bildung](#)

Berlin, 18. Januar 2019. Anlässlich der aktuellen Debatte im Bundestag zu den Empfehlungen des 7. Nationalen Bildungsberichts fordert der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler grundlegende Verbesserungen in der Bildung und Förderung junger Menschen: „Der Bildungsbericht 2018 kann viele Fortschritte im Bildungsbereich aufführen. Zugleich stellen wir fest, dass dieser Trend zu mehr Bildung nicht bei allen Menschen ankommt. Insbesondere Kinder aus bildungsfernen Familien nehmen nicht in gleichem Maße an den Verbesserungen teil. Immer noch sind zu viele Kinder von Armut bedroht, der Abstand zwischen leistungsstarken und leistungsschwächeren Grundschüler*innen hat sich in Deutschland vergrößert, der Anteil Jugendlicher ohne Schulabschluss ist von 5,8 % auf 6 % gestiegen.“

[Weiterlesen...](#)

[AWO fordert: In Pflegeversicherung müssen alle einzahlen](#)

Berlin, 17. Januar 2019. Bundesgesundheitsminister Spahn möchte die Finanzierung der Pflegeversicherung reformieren. Dazu erklärt AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker: „Die AWO fordert seit langem eine nachhaltige Reform der Finanzierung der Pflegeversicherung. Alle Berufsgruppen, alle Einkommensarten und auch bisher privatversicherte Personen müssen in die gesetzliche Pflegeversicherung einbezogen werden. So kann die

Einnahmehasis der Pflegeversicherung im Umlagesystem erweitert werden“, erklärt AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker und ergänzt: „Diese Finanzierung kann einen wichtigen Beitrag zur Verminderung von sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit darstellen.“ Genauso wichtig ist es zudem, die Refinanzierung der so genannten Behandlungspflege in Pflegeheimen durch die Krankenversicherung zu gewährleisten. Dies ist bisher systemwidrig in die Pflegeversicherung verschoben worden. Die Eigenanteile der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen steigen ohnehin schon enorm, da die Zuzahlung der Pflegeversicherung noch oben gedeckelt ist.

[Weiterlesen...](#)

[AWO setzt sich auch in ihrem Jubiläumsjahr 2019 für mehr soziale Gerechtigkeit ein](#)

Berlin, 02. Januar 2019. Zum Jahresanfang erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler: „Für die AWO hat ein ganz besonderes Jahr begonnen – sie wird 100 Jahre alt. Damals wie heute wird sie gebraucht, um denjenigen eine Stimme zu geben, die nicht immer für sich selbst eintreten können oder schlicht nicht gehört werden. Unsere Gesellschaft basiert auf dem Ziel von sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. In einer älter und zunehmend verunsicherter werdenden Gesellschaft braucht es eine funktionierende soziale Infrastruktur im Quartier, von Kindertagesstätten, über Beratungseinrichtungen bis hin zu Seniorenzentren. Dafür setzt sich die AWO ein.“

[Weiterlesen...](#)

[AWO begrüßt Fachkräfteoffensive der Bundesregierung](#)

Berlin, den 19. Dezember 2018. Die Arbeiterwohlfahrt begrüßt das nun im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgestellte Bundesprogramm „Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen/Erzieher“.

Der Vorsitzende des AWO Bundesverbandes, Wolfgang Stadler, erklärt dazu:

„Dass Menschen mit Interesse am Erzieherberuf bislang zunächst kein Ausbildungsgehalt bekamen oder sogar Schulgeld zahlen mussten, hat viele Interessenten abgeschreckt. Der Erzieherberuf braucht mehr Anerkennung. Eine vergütete und praxisintegrierte Ausbildung ist deshalb genauso zu begrüßen wie die vorgesehene professionelle Praxisanleitung und die Möglichkeit, durch Weiterqualifikation finanziell zu profitieren. Das Bundesprogramm setzt hier an der richtigen Stelle an: Die Maßnahmen sind eine wichtige Weichenstellung für die Aufwertung des Berufsfeldes und damit auch für die Qualitätssicherung in der Kindertagesbetreuung. Das Bundesfamilienministerium selbst prognostiziert aber, dass bis 2030 fast 200.000 Fachkräfte in Kitas fehlen werden. Da kann dieses Paket nur der erste Schritt sein. Es müssen schnell weitere Maßnahmen folgen, die den Beruf attraktiver machen.“

Das Bundesprogramm baut auf drei Säulen auf. Der größte Baustein stellt die praxisintegrierte vergütete Ausbildung für Erzieher und Erzieherinnen dar. Hier sollen ab dem Ausbildungsbeginn 2019 bis zu 5000 Fachschüler gefördert werden. Weiterhin soll durch das Bundesprogramm die Praxisanleitung gefördert werden, sodass die Fachschüler eine professionelle Anleitung während der Praxisphasen erhalten. Bereits berufstätige Erzieher können weiter von dem dritten Baustein, einem Aufstiegsbonus für herausgehobene Aufgaben, profitieren.

DER PARITÄTISCHE

[Internationaler Tag der Migranten am 18.12.2018](#)

PARITÄTISCHER fordert für Geflüchtete in Ausbildung Nachbesserungen beim Entwurf für das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Stuttgart 18.12.2018 Anlässlich des Internationalen Tags der Migranten kritisiert der PARITÄTISCHE den Entwurf für das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das am 19.12.2018 im Bundestag verabschiedet werden soll. Der Verband fordert ein Einwanderungsgesetz, das eine nachhaltige Fachkräftegewinnung aus Drittstaaten ermöglicht und das inländische Potential stärkt. Schutzsuchende, die bereits in Deutschland leben und nicht ausreisen können, brauchen eine Perspektive auf Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Die Hürden bei der Ausbildungsduldung müssen abgebaut, statt verschärft und ein Bleiberecht zu Ausbildungszwecken eingeführt werden. Das schafft die notwendige Rechtssicherheit für Auszubildende und Betriebe, so der Verband. Derzeit leben in Deutschland insgesamt 170.000 Geduldete, davon 20.835 Personen (Stichtag 30.06.2018) in Baden-Württemberg (Quelle: Drucksache 19/3860 der Bundesregierung).

[Weiterlesen...](#)

DIAKONIE BADEN

[Pflege, Integration und Hartz IV](#)

Diakonie Baden zu aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen

„2019 ist ein für die Pflege turbulentes Jahr“, so der Ausblick des Diakonischen Werks Baden im Bereich der Pflegepolitik. Im Rahmen eines Pressegesprächs ging Finanzvorstand André Peters u.a. auf Gesetze ein, die 2019 Gültigkeit erlangen. Die grundsätzliche Herausforderung der kommenden Jahre sei es, genügend Personal für die Pflege zu gewinnen.

Das Pflegepersonalstärkungsgesetz sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Etliche Forderungen der Diakonie fänden sich darin wieder. Leider gingen aber manche Änderungen nicht weit genug. Manche Problemlagen würden schlicht ausgeblendet. Beispielsweise die ambulante Versorgung. Hier gäbe es inzwischen einen hohen Bedarf. Ambulante Dienste könnten diesen aus Kapazitätsgründen immer öfter nicht bedienen. Mehr Personal für die ambulante Pflege sehe das Gesetz nicht vor. Hier werde es weiter zu Engpässen kommen. Für den stationären Bereich bringe das Gesetz den Einrichtungen im Durchschnitt nur eine Personalstelle zusätzlich. Das sei besser als nichts – unter dem Strich aber zu wenig.

[Weiterlesen...](#)

DIAKONIE WÜRTTEMBERG

Stabiler Arbeitsmarkt – stabile Schattenseiten

- 88.700 mehr Beschäftigte, aber nur 10.994 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr
- 279.883 Unterbeschäftigte zeigen das Ausmaß der Arbeitslosigkeit an
- 49.506 Personen haben ihre Arbeitslosigkeit beendet, aber nur 15.908 Personen konnten in eine Erwerbstätigkeit am allgemeinen Arbeitsmarkt übergehen

Stuttgart, 31. Januar 2019. Die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts hat auch eine Kehrseite. Die Zahlen der älteren, der behinderten und der ausländischen Arbeitslosen sinken sehr viel langsamer als die Zahl der anderen Arbeitslosen. Die Zahl der Unterbeschäftigten steigt sogar an. Insgesamt 434.830 Menschen – 304.630 erwerbsfähige Leistungsberechtigte und 130.200 nicht erwerbsfähige Angehörige, vor allem Kinder und Jugendliche – sind auf die Unterstützung durch Hartz-IV-Leistungen angewiesen.

[Weiterlesen...](#)

Guter Tariflohn in der Altenpflege ist bei der Diakonie Württemberg längst Realität

- **Diakonie begrüßt Anerkennung des Dritten Weges durch Verdi**
- **Flächendeckender Einheitstarif könnte zur Absenkung diakonischer Entlohnung führen**

Stuttgart, 21. Januar 2019. Beschäftigte in der Altenpflege der Diakonie in Württemberg werden längst tariflich bezahlt und bekommen eine höhere Vergütung als die Gewerkschaft Verdi dies jetzt flächendeckend fordert. Dietmar Prexl, Vorsitzender der Kommission für Unternehmensfragen im Diakonischen Werk Württemberg, sagt zur Forderung von Verdi nach der Aushandlung einer tariflichen Vergütung in der Altenpflege: „Die Form der Tarifgestaltung in der Diakonie nach dem Dritten Weg, also der Vereinbarung zwischen Dienstgebern und -nehmern, hat schon immer zu besserer Bezahlung geführt.“ Zu dem Stundensatz, der höher liegt als die geforderten 16 Euro, werden durch dienstgeberfinanzierte Zusatzrente und ein 13. Monatsgehalt ergänzt. „Natürlich unterstützen wir die Forderung eines Mindestlohns für die Altenpflege der Gewerkschaft Verdi, allerdings sind wir da schon weiter und müssten bei einem Konsens über einen flächendeckenden Einheitstarif unsere Bezahlung absenken“, sagt Prexl. Das sei nicht im Sinn der Diakonie und wirke sich auch negativ auf deren Wettbewerbsfähigkeit aus.

„Diakonische Altenpflege ist von hoher Qualität. Das verdanken wir dem hohen Einsatz unserer Mitarbeitenden, deren angemessene Bezahlung uns am Herzen liegt“, betont Dr. Robert Bachert, Finanzvorstand des Diakonischen Werks Württemberg. Die Diakonie begrüßt, dass Verdi sich auf den Weg macht, Tarife für die Pflege mit anderen Trägern auszuhandeln, die an die Höhe der Diakonietarife reichen. Damit anerkennt Verdi die Leistungsfähigkeit der kirchlich-diakonischen Arbeitsrechtsregelung. Eine Absenkung der diakonischen Tarife schließt Bachert aber aus.

Positive Arbeitsmarktentwicklung – aber nicht für alle Arbeitslosen bringt das neue Jahr gute Aussichten

- 2 Prozent oder ca. 92.941 Beschäftigte mehr, aber nur 10.495 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr
- 269.849 Unterbeschäftigte zeigen das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit an, diese Zahl ist gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,4 Prozent gestiegen.
- 55.476 Personen haben ihre Arbeitslosigkeit beendet, aber nur 15.922 (28,7 Prozent) Personen konnten in eine Erwerbstätigkeit am allgemeinen Arbeitsmarkt übergehen
- Insgesamt leben 434.569 Menschen von Hartz-IV-Leistungen

Stuttgart, 4. Januar 2019. Fast alle Kennziffern des Arbeitsmarktes weisen eine positive Tendenz aus, aber die positive Entwicklung hat auch eine Kehrseite. Abgesehen von der allgemeinen Eintrübung der wirtschaftlichen Entwicklung sinken die Zahlen der älteren, der behinderten und der ausländischen Arbeitslosen sehr viel langsamer als die Zahl der allgemeinen Arbeitslosigkeit und auch die Zahl der Unterbeschäftigung geht nicht gleichermaßen zurück. Trotz sinkender Arbeitslosigkeit nimmt die Zahl der Menschen, die von den Hartz-IV-Leistungen leben müssen, kaum ab. Insgesamt sind 434.569 Menschen auf diese Unterstützung angewiesen, davon 303.861 erwerbsfähige Leistungsberechtigte und 130.708 nicht erwerbsfähige Angehörige, vor allem Kinder und Jugendliche.

[Weiterlesen...](#)

Reiner Hellwig wird neuer Justiziar des Diakonischen Werks Württemberg

Verband hat vielseitig erfahrenen und kompetenten Juristen gewonnen

Stuttgart, 3. Januar 2018. Neuer Justiziar des Diakonischen Werks Württemberg ist Reiner Hellwig. Der 51-jährige Jurist ist Nachfolger von Uwe Rzakowski, der in den Ruhestand geht. Hellwig war zuletzt Kaufmännischer und Verlegerischer Leiter der Deutschen Bibelgesellschaft. „Wir freuen uns, mit Herrn Hellwig einen vielseitig erfahrenen Juristen gewonnen zu haben, der die Kompetenz für die besonderen Anforderungen unseres Wohlfahrtsverbands mitbringt“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Erfreulich sei auch, dass der neue Abteilungsleiter in der württembergischen Landeskirche verwurzelt ist. Hellwig tritt seinen Dienst am 1. März 2019 an.

[Weiterlesen...](#)

CARITAS ROTTENBURG-STUTTGART

Caritas-Journalistenpreis 2018 für das Autorenteam Julian Gräfe, Jürgen Rose und Thomas Schneider

Die beiden zweiten Preise gehen an Jonas Weyrosta und Patrick Batarilo – „Lobende Erwähnung“ für Uli Fricker

Stuttgart / Freiburg, 24. Januar – Die Entscheidung über die Preisträger des 30. Caritas-Journalistenpreises ist gefallen: Der mit 3.000 Euro dotierte erste Preis geht an das Autorenteam Julian Gräfe, Jürgen Rose und Thomas Schneider für ihren Film „Pflege: Hilft denn keiner?“, der in der ARD-Reihe „Was Deutschland bewegt“ lief. Die beiden zweiten Preise mit jeweils 1.500 Euro gehen an Jonas Weyrosta für seine im Magazin „Chrismon“ erschienene Reportage „Wie geht es Mohamed?“ und an Patrick Batarilo für sein Hörfunk-Feature „Und plötzlich war er weg - Auf der Suche nach einem verlorenen Freund“, das im Deutschlandfunk Kultur gesendet wurde. Eine „Lobende Erwähnung“ erhält der Konstanzer Journalist Uli Fricker für die Reportage „Europas neue Nomaden“, die im Südkurier erschienen ist.

[Weiterlesen...](#)

Caritas begrüßt Vorstoß von Minister Lucha: Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge in Arbeit

Auch in Übergangszeit bis 2020 sollen abgelehnte Asylbewerber mit Arbeit bleiben dürfen

Stuttgart/Freiburg, 11. Januar – Die Caritas Baden-Württemberg begrüßt den Vorstoß von Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha, dass abgelehnte Asylbewerber mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung weiterhin in Baden-Württemberg bleiben und arbeiten dürfen. Lucha hat in einem Zeitungsinterview erklärt, dass er sich für eine entsprechende Übergangslösung einsetzt. Denn erst in 2020 soll mit dem Gesetz zur Beschäftigungsduldung eine Bleibeperspektive für abgelehnte Asylbewerber geregelt werden. „Wenn abgelehnte Asylbewerber hier arbeiten und sich nichts haben zuschulden kommen lassen, haben sie den zentralen Schritt für eine Integration schon vollzogen“, so die Caritasvorstände Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock (Stuttgart) und Mathea Schneider (Freiburg). „Sie leisten einen wichtigen Beitrag, damit unsere Gesellschaft funktioniert. Gerade weil in vielen Feldern Arbeitskräfte fehlen, tragen Geflüchtete dazu bei, dass Betriebe expandieren können und sie sichern auch vielerorts Versorgung und Pflege.“

„Menschen, die bereits gut Deutsch sprechen und sich hier mit ihrer Familie gut integriert haben, sollen mit ihren Fähigkeiten und Kompetenzen eine Perspektive haben“, so die Caritasvorstände. Die Caritas erhofft sich, dass das neue Bundesgesetz zur Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung dies ermöglicht. „Wir sehen die Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft, damit Asylbewerber und auch Ausbildungsbetriebe mehr Rechtssicherheit erhalten. Denn beide Seiten übernehmen heute schon viel Verantwortung.“

[Schwangerschaftsberatung im Tandem für alle Fragen offen](#)

Familienhebamme bringt ihr Expertinnenwissen in Beratung ein

Stuttgart/Reutlingen, 19. Dezember – Ursprünglich stammt Frau G. aus Syrien. Mit ihrem Mann und ihren beiden kleinen Söhnen ist sie nach Deutschland gekommen. Besser gesagt: geflohen. Erst in Deutschland merkt die 24-Jährige, dass sie schwanger ist. Der Bauch wölbt sich langsam. Zuhause würde ihr die Familie zur Seite stehen, Mutter, Schwiegermutter. In Reutlingen aber ist sie allein. Sie kennt keinen, lebt isoliert. Wenig Geld, eine völlig fremde Kultur. Zu viert wohnt die Familie in einem Zimmer. Hier soll sie ihr drittes Kind zur Welt bringen?

[Weiterlesen...](#)

CARITAS FREIBURG

[„Luft zum Atmen und Licht in mein Leben gebracht“](#)

Ratsuchende stellen der Caritas-Schuldnerberatung ein sehr gutes Zeugnis aus

Freiburg (cip). Die Schuldnerberatungsstellen der Caritas in Baden leisten sehr gute Arbeit. Das bescheinigen ihr Menschen, die vor einem Schuldenproblem standen, nicht mehr allein zurande kamen und dort Rat suchten. Bei einer Befragung Ende des vergangenen Jahres, deren Auswertung jetzt vorliegt, vergaben die Klientinnen und Klienten die Gesamtnote 1,4 und bewerteten damit die Arbeit der Caritas-Schuldnerberatung überaus positiv.

[Weiterlesen...](#)

IN EIGENER SACHE

Liga-Geschäftsstelle Personalwechsel

Seit Januar 2019 arbeitet in der Liga-Geschäftsstelle eine neue Mitarbeiterin: Frau Marina Klöpfer hat die Nachfolge von Frau Balke angetreten, die seit November von Frau Seitz die Sachbearbeitung übernommen hat. Frau Klöpfer wird Ihre Anrufe entgegennehmen, für die Korrespondenz und die Bearbeitung und Weiterleitung von eingehenden Emails und für den Empfang unserer Gäste zuständig sein. Sie wird unterstützt von Nathalie Stallard, die schon seit längerer Zeit bei uns ist und überwiegend für unsere Veranstaltungsmanagement zuständig ist (we).



TERMINE

Suchtmittelkonsum hinter Gittern

Mittwoch, 6. Februar 2019 von 10:15 bis 16:00 Uhr

Hospitalhof, Büchsenstraße 33, 70174 Stuttgart

Liga- Expertentagung zum neuen System der indikatorengestützten Qualitätsbeurteilung und Qualitätsdarstellung im stationären Setting

Montag, 11. März 2019 von 09:30 bis 17:00 Uhr

Leonardo-Hotel, Ettlinger Straße 23, 76137 Karlsruhe

Dienstag, 12. März 2019 von 09:30 bis 17:00 Uhr

Hospitalhof, Büchsenstraße 33, 70174 Stuttgart

Liga BTHG-Projekt - 7. Trägertreffen – ausgebucht!

zur Information und Austausch über die Umsetzungen zum BTHG in Baden-Württemberg

Donnerstag, 14. März 2019 von 14:00 bis 18:00 Uhr

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Paracelsusstraße 91, 70599 Stuttgart

"Den Rahmen füllen" 3. Kongress Familienbildung

Dienstag, 16. Juli 2019 von 10:00 bis 16:30 Uhr

Hospitalhof, Büchsenstraße 33, 70174 Stuttgart

IMPRESSUM

Herausgeber:

Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V.

Stauffenbergstr. 3 in 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 61967-0

E-Mail: infodienst@liga-bw.de | www.liga-bw.de

Redaktion:

Eva Weiser M.A.